

Lutz Bellmann, Karin Büchter, Irmgard Frank, Elisabeth M. Krekel, Günter Walden



► Schlüsselthemen in der beruflichen Bildung – Ein Überblick über die Themen des Sammelbandes

Berufliche Bildung ist eine wichtige Domäne im Bildungswesen. Als nachschulischer Bildungsbereich bietet sie vielen Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Möglichkeit, eine qualifizierte Beschäftigung aufzunehmen oder/und in weiterführende Berufs-/Hochschulbildung zu gehen. Der nach wie vor größte Bereich ist die duale Ausbildung. So ist nach der Währungsreform von 1949 bis zum Jahr 1956 die Anzahl der Auszubildenden in der Bundesrepublik Deutschland auf rund 1,5 Millionen angestiegen, bevor es vor allem in der Industrie zu einem drastischen Rückgang aufgrund des Bedarfs an Beschäftigten ohne abgeschlossene Berufsausbildung kam. Danach nahm auch wieder die Anzahl der Auszubildenden zu und erreichte im Jahr 1985 ein Allzeithoch von über 1,8 Millionen.¹ Ende 2018 betrug die Anzahl der Auszubildenden etwa 1,33 Millionen (vgl. BIBB 2020, S. 9); die Anzahl der Studierenden, die Ende der 1950er-Jahre die Marke von 100.000 überschritt, hat mittlerweile knapp 2,9 Millionen erreicht.²

Vor mehr als 50 Jahren wurde mit dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) von 1969 für die berufliche Bildung in Deutschland eine bundesrechtliche Grundlage geschaffen. Gegenstand des Gesetzes ist die betriebliche und außerbetriebliche Aus- und Fortbildung, wobei der betriebliche Teil des dualen Systems der beruflichen Ausbildung den Kernbereich bildet. Der schulische Teil der beruflichen Ausbildung innerhalb und außerhalb des dualen Systems wird dagegen in den Schulgesetzen der Länder geregelt. Mit dem BBiG wurden bestehende unterschiedliche rechtliche Regelungen für die verschiedenen Bereiche der beruflichen Bildung vereinheitlicht und gleichzeitig eine zentrale Verantwortung des Staates für die berufliche Bildung betont, die bisher im Wesentlichen durch die Selbstverwaltung der Wirtschaft wahr-

1 „Datensystem Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31.12.).

2 Statistisches Bundesamt: Hochschulstatistik.

genommen wurde (vgl. WEIBERT 2006). Bestrebungen zur Schaffung eines Berufsbildungsgesetzes gab es bereits seit den 1920er-Jahren.

Das BBiG war ein Beitrag zur Modernisierung der beruflichen Bildung in Deutschland. Das Gesetz markierte eine Reihe von Veränderungen in der Gestaltung der beruflichen Bildung. So wurden für die Ausbildungsberufe Mindestanforderungen in Form von in Rechtsverordnungen geregelten Ausbildungsordnungen festgelegt und Eignungsanforderungen an Betriebe und Ausbilder/-innen formuliert (vgl. WEIBERT 2006). Darüber hinaus wurden Institutionen zur Überwachung der Ausbildung gesetzlich fixiert sowie 1972 in einer Abstimmung mit der Kultusministerkonferenz (KMK) Verfahren zur Abstimmung zwischen dem betrieblichen und dem schulischen Teil der dualen Ausbildung festgelegt. In der Praxis waren die Sozialparteien bei der Gestaltung der Ausbildungsordnungen von Anfang an beteiligt, ohne dass es dafür eine explizite Regelung gab. 1985 wurde in einer Empfehlung des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung dieses Gewohnheitsrecht schriftlich fixiert.

Infolge der Verabschiedung des Berufsbildungsgesetzes institutionalisierte sich eine Berufsbildungspolitik in Deutschland, die die Weiterentwicklung der beruflichen Bildung als eine zentrale öffentliche Aufgabe ansah. Wesentliche Akteurinnen und Akteure einer solchen Berufsbildungspolitik sind dabei neben dem Staat (Bund und Länder) auch die Arbeitgeber und Gewerkschaften sowie die Bundesagentur für Arbeit (BA) (vormals Bundesanstalt für Arbeit). Als weiteres Gremium wurde 1969 der Bundesausschuss für Berufsbildung im BBiG geschaffen, mit dem Ziel, die Bundesregierung zu beraten. Dazu gehörte auch, „Vorschläge für die Ordnung, den Ausbau und die Förderung der Berufsbildung [...] zu erarbeiten“ (BUNDESAUSSCHUSS FÜR BERUFSBILDUNG 1972, S. 1). Mit der Novelle des BBiG 1976 wurde der Bundesausschuss für Berufsbildung durch den Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung als Beratungsgremium abgelöst, zu dessen Aufgaben die Beratung der Bundesregierung in bildungspolitischen Fragen gehört. In Zusammenhang mit den weiteren Novellierungen des BBiG gingen auch Veränderungen in der Aufgabenstruktur einher, und es kam zur Namensänderung des Instituts in Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB).

Neben dem BBiG wurde 1969 mit dem Arbeitsförderungsgesetz (AFG) auch die Arbeitsmarktpolitik in Deutschland neu geordnet. Insbesondere gab es ein neues Instrumentarium zur Förderung der beruflichen Fortbildung und Umschulung, das insofern von unmittelbarer Bedeutung für die berufliche Weiterqualifizierung der Absolventinnen und Absolventen der Ausbildung war. Aufgrund von Problemen der öffentlichen Haushalte und einer stärkeren Orientierung der Weiterbildungsförderung an kurzfristigen Erfolgskriterien wurde die Förderung in späteren Jahren aber stark zurückgefahren und auf die Zielgruppe der Arbeitslosen reduziert. Das AFG wurde schließlich 1998 in das Sozialgesetzbuch (SGB III) überführt. Als Alternative zur ursprünglichen Förderung des beruflichen Aufstiegs im Rahmen des AFG wurde 1996 das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) geschaffen.

Mit dem BBiG von 1969 wurde für die Berufsbildungsforschung ein eigenes Bundesinstitut gegründet, welches durch Forschung die Berufsbildungspolitik in Deutschland unter-

stützen und die Weiterentwicklung der beruflichen Bildung fördern sollte³. Die Einrichtung eines Forschungsinstituts für die berufliche Bildung stützte sich maßgeblich auf ein Gutachten von Blankertz, Claessens und Edding (1966), in welchem Notwendigkeit und Aufgaben eines solchen Instituts bereits erörtert worden waren. Betont wurde hier, dass die „Anforderungen der hoch industrialisierten Gesellschaft [...] nur bewältigt werden mit technischem Wissen, Organisationswissen und Erziehungswissen“ (ebd., S. 11). Im Gutachten wird betont, dass die Forschung zur beruflichen Bildung eine „Daueraufgabe der Wissenschaft“ sei und „nur ganz unzulängliche Institutionen und Mittel“ vorhanden wären (ebd., S. VI). Die „geringen“ Ansätze einschlägiger Forschung seien auf „vielerlei Wissenschaftszweige“, [...] „Dienststellen der Verwaltung und anderer Organisationen verstreut“ (ebd., S. VI). „Durch die Schaffung eines besonderen Instituts für Berufsbildungsforschung versprach man sich deutliche Impulse und mehr Ressourcen für diesen bisher wenig entwickelten Forschungsbereich“ (EULER/WALDEN/WEISS 2010, S. 59). In einem Aufsatz zu den parlamentarischen Beratungen des Berufsbildungsgesetzes sah es Fredebeul als unabdingbar an, „Lage und Erfordernisse im Bereich der Berufsbildung interdisziplinär wissenschaftlich zu untersuchen“ (FREDEBEUL 1967, S. 91). „Zur Anpassung an technische, wirtschaftliche, pädagogische und gesellschaftliche Entwicklungen“ sollte ein „Instrumentarium“ geschaffen werden, „das die Berufsbildungspolitik und ihre Planung vorbereitet und unterstützt“ (ebd., S. 91).

Aus Sicht von Blankertz, Claessens und Edding sollte das neue Institut interdisziplinär ausgerichtet sein. Neben der Berufs- und Wirtschaftspädagogik hätten auch andere Disziplinen wie die Soziologie und die Wirtschaftswissenschaften bedeutsame Beiträge zu erbringen (vgl. BLANKERTZ/CLAESENS/EDDING 1966, S. 12). Das neue Institut sollte mit anderen Forschungseinrichtungen im Bereich der beruflichen Bildung zusammenarbeiten und eine Arbeitsgemeinschaft anstreben (vgl. ebd., S. 93). Neben der universitären Berufs- und Wirtschaftspädagogik und den wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Lehrstühlen ist hier insbesondere auf das 1967 gegründete Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt bzw. späteren Bundesagentur für Arbeit hinzuweisen. Darüber hinaus wird Berufsbildungsforschung auch an anderen außeruniversitären Einrichtungen wie den Landesinstituten und an privaten Instituten betrieben. Mit der Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft Berufsbildungsforschungsnetz (AG BFN) im Jahr 1991 wurde die Kooperation der verschiedenen Forschungseinrichtungen der beruflichen Bildung dann institutionalisiert.

Seit dem Inkrafttreten des BBiG war die berufliche Bildung in der Bundesrepublik Deutschland mit unterschiedlichen Problemlagen konfrontiert und hat vielfältige Veränderungen erfahren. Dabei hat sich ein grundlegender Wechsel in den Rahmenbedingungen für die berufliche Bildung vom Industrialismus zur Wissensgesellschaft vollzogen (vgl. z. B. BAETHGE 2001; GREINERT 2004). Infolgedessen wurden duale Ausbildungsberufe neu struk-

3 Die Ausführungen zur Errichtung eines eigenständigen Instituts zur Erforschung der beruflichen Bildung folgen der Darstellung bei EULER/WALDEN/WEISS 2010.

turiert und grundlegend modernisiert. Die Anzahl der Berufe wurde reduziert bzw. zusammengelegt, gleichzeitig wurden zahlreiche neue Berufe geschaffen. Über große Zeiträume reichte das betriebliche Ausbildungsangebot nicht aus, um alle interessierten Jugendlichen mit einem Ausbildungsplatz zu versorgen. In jüngerer Zeit ist die Situation auf dem Ausbildungsmarkt eher von Passungsproblemen zwischen Angebot und Nachfrage geprägt. Aufgrund der zunehmenden Alterung und Schrumpfung der Erwerbsbevölkerung ist der Anteil der offenen Stellen, die von den Betrieben nicht oder nur schwer zu besetzen sind, in den letzten Jahren nicht nur in Deutschland gestiegen. Gleichzeitig haben noch immer viele Jugendliche Schwierigkeiten, eine Ausbildung in dem von ihnen gewünschten Beruf zu erhalten. Eine Unternehmensbefragung der Europäischen Investitionsbank aus dem Jahr 2017 hat jedoch gezeigt, dass der Anteil der Unternehmen, die sich überhaupt nicht finanziell an der betrieblichen Bildung ihrer Mitarbeiter/-innen beteiligen, in Deutschland, ähnlich wie in vielen anderen europäischen Ländern, bei über 20 Prozent liegt (vgl. BRUNELLO/WRUUCK 2020). Deshalb ist es erforderlich, mehr über die Bestimmungsgründe, Hindernisse und Förderansätze der betrieblichen Bildung zu erfahren.

Eine besondere Aufgabe musste das Berufsbildungssystem mit der Integration der beruflichen Bildung der ehemaligen DDR leisten. Nach der Wiedervereinigung im Jahr 1990 lösten sich die bisher bestehenden institutionellen Rahmenbedingungen der beruflichen Bildung in den neuen Bundesländern auf. Das Berufsbildungsgesetz wurde in vollem Umfang auch in den ostdeutschen Bundesländern eingeführt und das bisher hier bestehende System der beruflichen Bildung ging mit der DDR unter. In der DDR hatte die betriebliche bzw. duale Ausbildung zwar ebenfalls eine große Rolle gespielt, doch war sie überwiegend großbetrieblich organisiert gewesen (vgl. AUTSCH/BRANDES/WALDEN 1991, S. 22). Mit dem wirtschaftlichen Zusammenbruch der großen Kombinate entfiel auch die wirtschaftliche Basis für die betriebliche Ausbildung. Es mussten unter den sich herausbildenden klein- und mittelbetrieblichen Strukturen erst die Voraussetzungen für den Aufbau neuer betrieblicher Ausbildungsstrukturen geschaffen werden. Hierzu wurden von Bund und Ländern ganz neue öffentliche Fördermaßnahmen und Lernortstrukturen entwickelt (vgl. BERGER/WALDEN 2002). Später, mit sich verschlechternder Ausbildungssituation auch in den alten Bundesländern, wurden diese Programme zum Modell für die Förderung zusätzlicher Ausbildungsplatzkapazitäten generell. Aufgrund des sich über viele Jahre vollziehenden wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozesses war der Ausbildungsmarkt in den neuen Bundesländern über lange Zeit durch besondere Herausforderungen gekennzeichnet. (vgl. TROLTSCH/WALDEN/ZOPF 2009). Auch heute noch gibt es Unterschiede in den Ausbildungsstrukturen zwischen den west- und ostdeutschen Bundesländern.

In den vergangenen 50 Jahren gab es ausgehend von verschiedenen Problemlagen immer wieder Diskussionen zur Neuausrichtung und Umgestaltung der beruflichen Ausbildung. Hier ist z. B. auf die Diskussionen um eine stärkere Kompetenzorientierung oder auch um eine Flexibilisierung der Ausbildungsstrukturen hinzuweisen. Eine Rolle hat immer wieder eine mögliche Konkurrenz zwischen unterschiedlichen Berufsbildungsgängen, also

insbesondere des dualen Systems mit berufsfachschulischen Bildungsgängen und die Konkurrenz mit der Hochschulbildung, gespielt.

Die Berufsbildungsforschung an den verschiedenen einschlägigen Einrichtungen hat in den vergangenen 50 Jahren eine Vielzahl von Forschungsarbeiten geleistet und damit der Berufsbildungspolitik umfangreiche Entscheidungshilfen bei der Bewältigung der verschiedenen Herausforderungen zur Verfügung gestellt.

In diesem Sammelband sind Schlüsselthemen der beruflichen Bildung aufgenommen, die für die Berufsbildungspolitik und die Berufsbildungsforschung in der Bundesrepublik Deutschland in der Vergangenheit wichtig waren und die auch heute noch eine besonders hohe Relevanz haben. Die Beiträge dieses Bandes beleuchten in kompakter Form die Bedeutung eines entsprechenden Themas für die berufliche Bildung bzw. den berufsbildungspolitischen Diskurs im Zeitablauf und skizzieren die wesentlichen Beiträge der Forschung zur Unterstützung der Berufsbildungspolitik. Es werden wichtige historische berufsbildungspolitische Debatten erläutert und bedeutende Forschungsergebnisse aufgezeigt. Dabei wird die aktuelle Situation der genannten Schlüsselthemen in den Mittelpunkt gerückt. Der Band sieht sich in der Tradition der historischen Berufsbildungsforschung (vgl. z. B. STRATMANN 1992) und wendet sich neben der interessierten Berufsbildungswelt ganz allgemein auch an neugierige Nachwuchsforscher/-innen im Bereich der beruflichen Bildung, die sich einen Überblick über zentrale historische Entwicklungslinien ihres Forschungsgebietes verschaffen wollen. Indem die aktuelle und zukünftige Forschungsarbeit in einen historischen Kontext gestellt wird, „können neue Perspektiven eröffnende Vergleiche und Relativierungen von Ergebnissen und Diskussionsstandpunkten ermöglicht werden“ (BÜCHTER/KIPP 2004). Weitere Zielgruppen sind Studierende der Berufs- und Wirtschaftspädagogik sowie anderer Disziplinen, für die das Thema Berufliche Bildung von Bedeutung ist, Mitarbeitende und Führungskräfte in der betrieblichen Bildung sowie Personen, die sich für Bildungsfragen interessieren.

Die Autorinnen und Autoren⁴ dieses Bandes arbeiten in unterschiedlichen Forschungseinrichtungen der beruflichen Bildung, den Hochschulen, dem IAB und dem BIBB. Ebenso vertreten sie die für das interdisziplinäre Feld der Berufsbildungsforschung relevanten Disziplinen wie insbesondere die Berufs- und Wirtschaftspädagogik, die Soziologie, Ökonomie und Psychologie.

Das Handbuch ist in die fünf folgenden Themenschwerpunkte gegliedert:

- ▶ Zugang zur Berufsausbildung,
- ▶ Struktur des Berufsausbildungssystems,
- ▶ Beschäftigung und Weiterqualifizierung,

4 Ganz herzlich bedanken möchten wir uns bei Tanja Kienitz, Tanja Stierner und Ulrike Themann für die Unterstützung bei der Erstellung des Sammelbandes.

- Berufliche Bildung und Hochschulbildung sowie
- Internationale Berufsbildung und Berufsbildungssysteme im Vergleich.

Den Anfang des Bandes bildet ein **Interview** mit dem ehemaligen und langjährigen Präsidenten des BIBB, Hermann Schmidt, zu den **Themenzyklen der beruflichen Bildung**. Schon 1969 in verantwortlicher Position in der beruflichen Bildung, erinnert er sich an die Entstehungsgeschichte des BBiG, an den Aufbau und die Entwicklung des Instituts und schildert die vielfältigen Entwicklungsphasen der beruflichen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland. Dabei geht er auch auf die Rolle der Forschung bei der Unterstützung der Berufsbildungspolitik im Zeitablauf ein.

Im Themenschwerpunkt **Zugang zur Berufsausbildung** werden in vier Beiträgen Sachverhalte erörtert, die im historischen Verlauf für die nachwachsende Generation bei der Aufnahme einer beruflichen Ausbildung eine Rolle gespielt haben.

Zunächst stellt Günter Walden in seinem Beitrag Übergänge von der Schule in die berufliche Ausbildung dar, in welchem Maße es Schulabsolventen/-absolventinnen gelang, eine betriebliche oder eine andere berufliche Ausbildung aufzunehmen, und welche Bedeutung dieser Gegenstand für die Berufsbildungspolitik und die Forschung hatte. Es zeigt sich, dass das Thema von Anfang an eine herausragende Rolle für die Berufsbildungspolitik gespielt hat, da es immer wieder gravierende Übergangsprobleme für die Schulabsolventen/-absolventinnen gegeben hat. Die Berufsbildungsforschung hat dabei wesentliche Beiträge zur Transparenz des Übergangsprozesses leisten können. In jüngster Zeit haben sich die Einmündungschancen für die Jugendlichen deutlich verbessert. Gleichwohl gibt es nach wie vor Jugendliche, die Schwierigkeiten haben, einen geeigneten beruflichen Ausbildungsplatz zu finden.

Elisabeth M. Krekel und Joachim Gerd Ulrich stellen in ihrem Beitrag **Monitoring der Ausbildungsmarktlage** die zeitgenössischen Konstruktionslogiken des Ausbildungsmarktmonitorings sowie die heutigen Ausbildungsmarktindikatoren vor. Mit dem BBiG von 1969 wurde nicht nur die berufliche Bildung zu einer öffentlichen Aufgabe erklärt, sondern auch der Grundstein für das Ausbildungsmarktmonitoring gelegt. Es war eine entscheidende Grundlage für die Umlagefinanzierung, die zwar durch das Bundesverfassungsgerichtsurteil von 1980 aufgrund eines Formfehlers aufgehoben wurde, aber das Monitoring, die Bewertung von Angebot und Nachfrage, bildet bis heute eine zentrale Grundlage für die Bewertung des Ausbildungsmarktes. Welche unterschiedlichen bildungspolitischen Standpunkte und Interessen dabei eine Rolle spielen und welche Indikatoren aus der Sicht der Berufsbildungsforschung heute und künftig berücksichtigt werden sollten, sind ebenfalls Gegenstand des Beitrages.

Lutz Bellmann, Elisabeth M. Krekel, Ute Leber und Günter Walden beschäftigen sich in ihrem Beitrag **Betriebliche Ausbildungsbereitschaft und -beteiligung** zunächst mit der Frage, inwieweit von Politik und Forschung reflektiert wurde, von welchen Gründen und Rahmenbedingungen die Beteiligung des zentralen Lernorts im dualen System an der Aus-

bildung abhängt. Ebenfalls zeigen sie auf, wie sich die betrieblichen Beteiligungsquoten an der Ausbildung insbesondere in jüngerer Zeit entwickelt haben. Außerdem gehen sie auf die Ausrichtung und Gestaltung grundlegender Forschungsinstrumentarien des BIBB und des IAB bei der Erforschung der betrieblichen Ausbildung ein. Es wird deutlich, dass die betriebliche Ausbildungsbeteiligung bis heute immer wieder von großen Schwankungen geprägt ist und dass es infolgedessen zu Ungleichgewichten auf dem Ausbildungsmarkt kommt.

Ursula Bylinsky zeigt in ihrem Beitrag **Berufliche Bildung für Menschen mit Beeinträchtigungen im Spannungsfeld von Ausgrenzung und Teilhabe** die Entstehung und Entwicklung von Fördersystemen zur Integration junger Menschen mit Beeinträchtigungen in das Berufsbildungssystem in den zurückliegenden Dekaden auf. Sie erläutert, dass mit der beruflichen Rehabilitation und der Benachteiligtenförderung zwei Subsysteme sowie ein Netz von Organisationen und Institutionen in einem Parallelsystem beruflicher Bildung geschaffen und in den letzten Jahrzehnten ausgebaut wurden. Im Kontext von Berufs-, Sozial- und Sonderpädagogik wurde ein zielgruppenadäquates Ausbildungskonzept konstituiert und implementiert. Gleichzeitig wird im Beitrag deutlich, dass die beiden Subsysteme nie zusammengeführt werden konnten. Die Aktivitäten waren vielfach am aktuellen bildungspolitischen Bedarf ausgerichtet und in erster Linie als Unterstützung für die Ausbildungspraxis gedacht. Die Debatte um Inklusion hat einen Perspektivenwechsel hervorgebracht und notwendige Veränderungen auf allen Ebenen des Berufsbildungssystems aufgezeigt. Erforderlich sind grundlegende Veränderungen im Berufsbildungssystem, um die Ziele der Deutschen UNESCO-Kommission (vgl. UNESCO 2009) zur Inklusion umzusetzen.

Im zweiten Themenschwerpunkt beschäftigen sich insgesamt sieben Beiträge aus verschiedenen Blickwinkeln mit grundlegenden Aspekten der **Struktur des Berufsbildungssystems** im historischen Zeitablauf.

Harald Pfeifer, Gudrun Schönfeld und Felix Wenzelmann untersuchen in ihrem Beitrag **Kosten und Nutzen der betrieblichen Ausbildung – Ein Dauerbrenner** die Ursprünge der Erfassung von Kosten und Nutzen der betrieblichen Ausbildung in Deutschland, zeigen die unterschiedlichen Entwicklungsstadien des methodischen Erfassungs- und Analyseinstrumentariums auf und stellen die wesentlichen aktuellen Forschungsergebnisse dar. Ebenso beleuchten sie die Rezeption der Forschungsergebnisse in der Berufsbildungspolitik und zeigen auf, welche Bedeutung Aspekte von Kosten und Nutzen für berufsbildungspolitische Fragen haben. Zusätzlich werden die nationalen Kosten-Nutzen-Untersuchungen auch in den internationalen Kontext verortet. Es ist festzustellen, dass Untersuchungen zu Kosten und Nutzen der betrieblichen Ausbildung ein dauerhaftes Element der Berufsbildungsforschung sind und hohe Bedeutung für Politik und Praxis der beruflichen Bildung haben.

Peter Dehnbostel behandelt in seinem Beitrag **Lernorte der beruflichen Bildung**, welche Fragen zur Organisation, Gestaltung und Kooperation der Lernorte seit den 1970er-Jahren des letzten Jahrhunderts diskutiert wurden. Er beleuchtet zunächst die kontrovers geführte Diskussion um den Lernortbegriff und die Bestrebungen – ausgehend von den Lern-

orten Betrieb und Berufsschule –, ein plurales Lernortkonzept zu entwickeln. Des Weiteren geht er auf betriebsbezogene Lernortanalysen und -entwicklungen sowie Lernortkooperationen, Verbünde und Netzwerke ein. Ebenso werden die in jüngerer Zeit insbesondere in der Erwachsenenbildung und Weiterbildung entwickelten Lernräume und Lernarchitekturen behandelt. Es zeigt sich, dass sich das Lernortkonzept im Laufe der Zeit erheblich ausdifferenziert hat und der Lernortbegriff durch seine praktische Verwendung zu einem tragenden Begriff der Aus- und Weiterbildung geworden ist.

Karin Büchter nimmt in ihrem Beitrag über **Vollzeitschulische Ausbildung – Historische (Dis-)Kontinuität ihrer Strukturmerkmale und Funktionen** die historische Entwicklung unter den Aspekten unterschiedlicher und wechselnder Strukturmerkmale und Funktionen in den Blick. Dabei richtet sie den Fokus auf drei Entwicklungslinien: erstens auf die Spezialisierung von Berufen und die Ausdifferenzierung von Berechtigungen als Anstoß relativ autonomer vollzeitschulischer Ausbildung, zweitens auf die arbeits- und ausbildungsmarktpolitische Entlastungsfunktion und Reproduktion geschlechtsspezifischer Berufe durch vollzeitschulische Ausbildung seit den 1920er-Jahren und schließlich drittens auf die vollzeitschulische Ausbildung als Stiefkind der Bildungsreform der 1960er-/1970er-Jahre im Schatten dualer Ausbildung. Am Ende des Beitrags geht sie auf die Bedeutung vollzeitschulischer Ausbildung in der Berufsbildungsforschung und -politik seit den 1980er-Jahren ein und zeigt aktuelle Forschungsperspektiven auf.

Karin Rebmann beschreibt in ihrem Beitrag über **Professionalisierung des Lehr- und Ausbildungspersonals** aus zwei Perspektiven historische Professionalisierungsbestrebungen in der beruflichen Bildung. Zum einen geht es um die Professionalisierung des Lehrpersonals an berufsbildenden Schulen, zum anderen um die des betrieblichen Ausbildungspersonals. Professionalisierung wird hier sowohl als individueller Prozess der Kompetenzentwicklung als auch als sozialer Prozess mit dem Ziel der Akademisierung von Tätigkeiten bzw. Berufen verstanden. Für das schulische Lehr- und das betriebliche Ausbildungspersonal werden individuelle und soziale Professionalisierungsprozesse als Reaktion auf äußere Entwicklungen und Problemlagen, zu denen Rekrutierungsprobleme im schulischen Kontext und Passungsprobleme in der betrieblichen Ausbildung gehören, interpretiert. Anhand einer historischen Rekonstruktion von Diskursen und Entwicklungen wird gezeigt, dass in den Professionalisierungsbestrebungen zwei grundlegende Probleme deutlich werden, das Theorie-Praxis- und das Fachmann-Pädagoge-Dilemma.

Monika Hackel zeigt in ihrem Beitrag über **Berufliche Handlungsfähigkeit und Kompetenzorientierung: Entwicklungswege und Diskurse in der beruflichen Bildung**, dass sich im Rahmen der Diskussion über den Kompetenzbegriff seit Ende des 20. Jahrhunderts verschiedene Diskursebenen ausdifferenziert haben. Mit dem Ziel einer Gesamtschau werden unterschiedliche Kompetenzdiskurse in den Mittelpunkt des Beitrags gerückt: über Kompetenz im Spannungsfeld zwischen Bildungs- und Nützlichkeitsersparungen, über Kompetenzorientierung von Ordnungsmitteln und Prüfungen und über die didaktische Interpretation und Gestaltung kompetenzorientierter schulischer Lehr-/Lernprozesse. Auch

die Diskussionen über Learning Outcomes, über Verfahren zur Anerkennung von informell oder non-formal erworbenen Kompetenzen und die Erfassung von Kompetenzen, werden im Beitrag thematisiert. Insgesamt wird deutlich, dass eine Integration der verschiedenen Sichtweisen und Positionen Impulse für Wissenschaft und Praxis bieten.

Karin Büchter geht in ihrem Beitrag über **Beruf und Beruflichkeit – Historische (Dis-) Kontinuität von Diskursen, Funktionen und Sichtweisen** davon aus, dass Diskurse zu Beruf und Beruflichkeit seit Ende des 19. Jahrhunderts vor allem dann geführt werden, wenn das Berufskonzept und der Berufsbegriff infrage stehen. Anhand eines historischen Rückblicks zeigt sie, dass die Fragwürdigkeit des Berufs nie nur auf den inhaltlichen Gehalt des Berufs beschränkt blieb, sondern sich besonders auch auf die verschiedenen regulierenden Funktionen des Berufs im Beschäftigungs- und Bildungssystem konzentrierte. Die ökonomische, soziale und individuelle Bedeutung des Berufs, so das Fazit des Beitrags, erfordert jeweils nach wie vor eine Berufsforschung, die den unmittelbaren Prozess der Konstruktion von Berufen und die dabei wirksam werdenden Impulse und Mechanismen in den Blick nimmt.

Dieter Euler und Irmgard Frank zeichnen in dem Beitrag **Strukturmodelle in der Berufsausbildung – Zwischen stillen Veränderungen und lauten Widerständen** die Entwicklung von Strukturmodellen (d. h. die Art und Weise der Binnendifferenzierung der Ausbildungsberufe) nach. Ausgehend vom Grundmodell des Monoberufs entstanden im Zeitablauf modular strukturierte Modelle mit dem Ziel, den heterogenen Ausgangslagen der Betriebe besser zu entsprechen. Dabei wird deutlich, dass die Entwicklungsprozesse in der ordnungspolitischen Praxis weitgehend pragmatisch und theorielos verliefen. Eine ordnungsbezogene Berufsbildungsforschung war nachrangig, und Konflikte mit dem für die Berufsausbildung konstitutiven Berufsprinzip wurden kaum thematisiert. Demgegenüber entstand ab Ende der 1990er-Jahre eine kontrovers geführte Diskussion über neue Formen der Modularisierung, die letztlich aber zu keinen wesentlichen strukturellen Veränderungen geführt haben. Die zugrunde liegenden Positionen und Argumente werden skizziert, und es wird die Frage aufgeworfen, inwieweit aktuelle Herausforderungen eine Revitalisierung der Debatte nahelegen.

Die insgesamt fünf Beiträge des dritten Themenschwerpunkts **Beschäftigung und Weiterqualifizierung** beschäftigen sich mit Aspekten, die sich auf den Zeitraum nach Abschluss einer Ausbildung beziehen.

Sandra Dummert und Philipp Grunau gehen in ihrem Beitrag zu **Perspektiven im Anschluss an die duale Berufsausbildung: Was kommt nach dem Abschluss? Historische Entwicklung, Forschungsstand und empirische Analyse** von einer Kontinuität der Gleichzeitigkeit einer Kritik an der dualen Ausbildung einerseits und positiven berufsbildungs- und beschäftigungsbezogenen Effekten andererseits aus. Anknüpfend an eine Rekonstruktion einschlägiger Studien zu der Frage nach der Entwicklung der Integrationsfähigkeit dualer Ausbildung seit dem letzten Drittel des 20. Jahrhunderts präsentieren sie Befunde einer

eigenen Untersuchung zur Erwerbssituation der Ausbildungsabsolventenkohorten 2005 bis 2015 auf dem ersten Arbeitsmarkt und zwei Jahre nach Abschluss ihrer Ausbildung. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass sich für Ausbildungsabsolventen und -absolventinnen die Aussichten auf eine (Vollzeit-)Stelle verbessert haben und sich Ausbildung insgesamt lohnt.

Lutz Bellmann und Ute Leber präsentieren in ihrem Beitrag **Zielgruppen der beruflichen Weiterbildung** empirische Befunde zur Entwicklung und Ansatzpunkte zur Erhöhung der Beteiligung bestimmter Zielgruppen. Aufgrund der drastisch gesunkenen Halbwertszeit des Wissens, der demografischen Entwicklung, der Digitalisierung und der Internationalisierung der Wirtschaft ist die Bedeutung der beruflichen Bildung in der letzten Dekade wichtiger geworden. Auch wenn die Weiterbildungsbeteiligung insgesamt nicht nur in Deutschland gestiegen ist, gibt es einzelne Personengruppen, die unterdurchschnittlich an betrieblicher Weiterbildung teilnehmen (können).

Gerhard Bosch beleuchtet in seinem Beitrag **Öffentliche Förderung der beruflichen Weiterbildung** die verschiedenen Phasen des Umfangs und der Ausgestaltung der öffentlichen Förderung der beruflichen Weiterbildung. Dabei geht er zunächst auf die Weiterbildungsförderung im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik ein und macht deutlich, dass diese im Zeitablauf aufgrund von Problemen öffentlicher Haushalte häufig von finanziellen Einschränkungen betroffen war. Dabei zeigt sich – auch nach den Hartz-Reformen – eine stärkere Orientierung der Weiterbildungsförderung an kurzfristigen Erfolgskriterien. Die Zahl der geförderten Teilnehmer/-innen ist im Zeitablauf stark gesunken. Ebenso geht der Beitrag auf andere Finanzierungsinstrumente wie das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) und das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) ein. Fazit ist, dass es Bedarf für einen Ausbau der bestehenden Weiterbildungsförderung gibt, und dies auch über einen entsprechenden Ausbau der vorhandenen Regelungen mit geringem Aufwand geschehen könnte.

Bernd Käßpinger zeichnet in seinem Beitrag **Beruflich-betriebliche Weiterbildung: Synthese- und Konvergenzdiskussionen der Vergangenheit als Inspiration für Gegenwart und Zukunft** die historischen Wurzeln einer beruflichen oder betrieblichen Weiterbildungsstrategie als Teilbereich allgemeiner und politischer Bildung nach. Dabei geht er zunächst auf die frühen Ansätze zur Integration von betrieblicher und politischer Weiterbildung ein und schildert die umfangreichen Programme und Initiativen zur Humanisierung der Arbeit und zur innovativen Arbeitsgestaltung. Er macht deutlich, dass im Zusammenhang mit den tiefgreifenden Veränderungen am Arbeitsmarkt Weiterbildung stärker ökonomischen Kriterien unterworfen wurde. Programmatisch wird das deutlich in der 2019 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung verabschiedeten Nationalen Weiterbildungsstrategie (vgl. BMBF 2019), die den Fokus auf eine ausschließlich beruflich-betriebliche Weiterbildung legt, mit dem Ziel, die Anpassungsfähigkeit und Resilienz von Arbeitskräften zu fördern. Hier sollte nachgesteuert werden.

Robert Helmrich und Gerd Zika zeigen in ihrem Beitrag **Leutemangel, Arbeitskräftemangel, Fachkräftemangel – Engpässe auf dem Arbeitsmarkt: Die Rolle der Aus- und Weiterbildung zur Lösung des Fachkräftemangels**, dass der Mangel an Arbeits- und Fach-

kräften kein neues Phänomen ist, sondern in unterschiedlichen Ausprägungen seit Langem die Arbeitsmarktentwicklung in Deutschland kennzeichnet. Die heutige Diskussion über den Fachkräftemangel wird dabei in den historischen Kontext beginnend mit dem deutschen Kaiserreich eingebettet. Vorgestellt werden unterschiedliche Forschungsmethoden zur Erfassung und Prognose eines Fachkräftemangels sowie politische Strategien zu seiner Bewältigung.

Die Beiträge des vierten Themenschwerpunkts **Berufliche Bildung und Hochschulbildung** gehen auf wichtige Aspekte des Verhältnisses zwischen der beruflichen Bildung und dem Hochschulstudium ein.

Irmgard Frank zeichnet in ihrem Beitrag **Durchlässigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung – Der steinige Weg beruflich Qualifizierter zur Hochschule** die bildungspolitischen Bemühungen zur Förderung der Durchlässigkeit im Zeitablauf nach und erläutert, warum es bisher erst in Ansätzen gelungen ist, nachhaltige bildungsbereichsübergreifende Reformen, insbesondere für Studierende ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung (Dritter Bildungsweg), umzusetzen. Dabei ist einerseits das stetige Ringen um eine Verbesserung der Durchlässigkeit zu erkennen, andererseits aber auch, wie sehr diese Thematik mit der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern im föderalen Bildungssystem und der historisch gewachsenen Versäulung der Bildungsbereiche zusammenhängt. Erläutert werden im Beitrag auch die Daten zur Anzahl der Studierenden ohne schulische Studienberechtigung an den Hochschulen und Universitäten. Dabei wird deutlich, dass die Studierenden an den Universitäten unterrepräsentiert sind. Die Empfehlung des Wissenschaftsrates zur weiteren Öffnung der Hochschulen für beruflich Qualifizierte ohne formale Hochschulzugangsberechtigung ist ein dringender Appell an die Universitäten, sich stärker in dem Feld zu engagieren (vgl. WISSENSCHAFTSRAT 2014).

Dietmar Frommberger zeigt in seinem Beitrag **Zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung. Entwicklungen, Ansätze und Diskurse in Deutschland** die unterschiedlichen Entwicklungslinien auf, mit denen der Übergang zwischen den beiden Bildungsbereichen in den zurückliegenden Dekaden gefördert wurde. Er verdeutlicht, dass durch die Vielzahl doppeltqualifizierender Bildungsgänge, durch die wachsende Anzahl dualer Studiengänge und durch die Schaffung hybrider beruflicher und hochschulischer Bildungsgänge eine wachsende Überschneidung der beiden Bildungsbereiche zu verzeichnen ist. Gleichzeitig verweist er darauf, dass die Öffnung der Hochschulen für beruflich qualifizierte Personengruppen von vielen Hochschulen noch mit Skepsis betrachtet wird, nicht zuletzt aufgrund der Frage, ob diese Zielgruppe auch tatsächlich studierfähig ist. Vorliegende Ergebnisse zeigen dagegen eine hohe Weiterbildungs- und Studienmotivation, allerdings auch ausgeprägte Passungsprobleme zwischen „nicht traditionell“ und „traditionell“ Studierender mit großen Unterschieden zwischen den einzelnen Fachkulturen. Er plädiert zudem für eine nachhaltige Förderung der Gleichwertigkeit und Stärkung des berufsbildenden Bereichs. Dies kann insbesondere durch den systematischen Ausbau des Berufslaufbahnkonzeptes,

das ursprünglich für die Aus- und Weiterbildung im Handwerk entwickelt wurde, erreicht werden.

Ulrike Buchmann erinnert in ihrem Beitrag zu **Doppelqualifikation: Eine alte Debatte auf neuem Prüfstand** an die bildungspolitischen Forderungen der 1970er-Jahre nach Doppelqualifikation, mit denen bildungstheoretisch begründete Ziele der Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung ebenso wie pragmatische Ziele der Zeitersparnis im Bildungsverlauf durch die Addition von Inhalten und Abschlüssen verbunden waren. Die Problematik einer pragmatischen Verkürzung von Doppelqualifikation wird vor allem auf die Phase der mit technologischer Rationalisierung begründeten Bildungspolitik seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zurückgeführt. In diesem Kontext habe der Aspekt der Subjektentwicklung durch doppelqualifizierende Bildungsgänge im Rahmen von Curriculumentwicklung wenig Beachtung gefunden. Auch aktuell werde das der Doppelqualifizierung zugrunde liegende Problem nicht gelöst, sondern vielmehr nur auf den Tertiärbereich des Bildungswesens verlagert. Die Autorin plädiert dafür, das Thema Doppelqualifikation wieder stärker curricular zu denken.

Uwe Elsholz und Ariane Neu weisen in ihrem Beitrag zum Thema **Duales Studium – Hintergründe, Debatten und zentrale Forschungsfelder** darauf hin, dass duale Studiengänge als Antwort auf das Bildungsschisma und als Möglichkeit zur Verbesserung der Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung gesehen werden. Dieser Annahme gehen sie anhand einer Rückschau auf die Entwicklung, die Debatten und auf Forschungsbefunde zum dualen Studium nach. Seit der Errichtung von Berufsakademien in Baden-Württemberg zu Beginn der 1970er-Jahre und ihrer Ausbreitung in anderen Bundesländern bis hin zur bildungspolitischen und -strukturellen Konsolidierung des dualen Studiums im Laufe des letzten Jahrzehnts war und ist dieses Bildungsformat nicht unumstritten. Die unterschiedlichen Diskurse und Forschungen zeigen insgesamt, dass das duale Studium eine Möglichkeit, aber nicht der Königsweg zur Behebung des Bildungsschismas ist.

Den Abschluss des Sammelbandes bildet schließlich mit drei Beiträgen der Themenschwerpunkt **Internationale Berufsbildung und Berufsbildungssysteme im Vergleich**, der die deutsche Berufsbildung in einem internationalen Kontext verortet.

Alexandra Mergener und Nadja Schmitz befassen sich in ihrem Beitrag mit der **Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse im Kontext von Zuwanderung und Arbeitsmarktintegration**. In Deutschland hängt der Zugang zu qualifizierten Berufspositionen traditionell von formalen Ausbildungsabschlüssen ab. Die Möglichkeiten für ausländische Fachkräfte, ihre im Ausland erworbenen Qualifikationen formal anerkennen zu lassen und damit auf dem deutschen Arbeitsmarkt besser verwertbar zu machen, waren lange Zeit deutlich beschränkt und haben erst mit den Anerkennungsgesetzen eine spürbare Verbesserung erfahren. Ab 2012 wurde mit den Anerkennungsgesetzen des Bundes und der Länder, wo seit 2015 entsprechende Anerkennungsregelungen vorliegen, ein umfassender Rechtsanspruch auf Verfahren zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen implementiert.

Vorliegende Daten zur Inanspruchnahme lassen deutliche Veränderungen im Zeitablauf bei der Herkunft der ausländischen Qualifikationen erkennen: Seit 2016 kommen die Antragstellenden zunehmend aus Drittstaaten. Die Umsetzung des Gesetzes ist mit verschiedenen Herausforderungen verbunden, eine erfolgreiche Anerkennung des ausländischen Abschlusses führt bei Zugewanderten aber zu erheblichen Verbesserungen der Arbeitsmarktchancen.

Dieter Euler beleuchtet in seinem Beitrag **Internationale Berufsausbildung – Der schwierige Wunsch nach Transfer** die Herausforderungen, die mit dem Transfer des dualen Systems der beruflichen Bildung in Partnerländer verbunden sind, und erläutert **Möglichkeiten** für das Gelingen eines Berufsbildungstransfers. Ein zentraler Ansatzpunkt besteht darin, Transferprozesse über die Bedingungen der Nachfrageseite zu gestalten. Auf der Grundlage dieses Verständnisses werden zentrale Komponenten für die Gestaltung eines Berufsbildungstransfers skizziert. Neben der Klärung der Transferziele, der jeweils im Land bestehenden Rahmenbedingungen sowie des Dualitätsverständnisses beinhaltet die Entwicklung einer Gestaltungsinitiative insbesondere die Überlegung, wie die Wirtschaft für ein verstärktes Engagement für die Berufsbildung gewonnen werden kann. Darüber hinaus wird die wichtige Frage aufgeworfen, was Deutschland im Umkehrschluss von den Partnerländern lernen kann, wenn es um mögliche Veränderungen im eigenen Berufsbildungssystem geht.

Der Beitrag **Berufsbildungssysteme im Vergleich: Die britische Sicht auf die deutsche Berufsbildung im Zeitverlauf** von Hubert Ertl stellt Funktionen und Ziele vergleichender Untersuchungen in der Berufsbildung in den Mittelpunkt, die von den Beiträgen der Gründerväter der „Comparative Education“ im angloamerikanischen Bereich abgeleitet werden. Der Vergleich von Bildungssystemen wird vor allem durch zwei Motive getragen: zum einen, um das eigene System besser zu verstehen, und zum anderen, um aus dem Vergleich Ansätze zur Verbesserung des eigenen Systems zu generieren. Die Rezeption der deutschen Berufsbildung im Vereinigten Königreich anhand ausgewählter Beispiele im Zeitverlauf macht deutlich, dass das deutsche System im Vergleich zum eigenen als attraktiver angesehen wird. Gründe hierfür werden u. a. in der Verbindung von beruflicher Bildung und wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit sowie in den gesetzlichen Grundlagen für die Berufsausbildung gesehen.

Literatur

- AUTSCH, Bernhard; BRANDES, Harald; WALDEN, Günter (1991): Bedingungen und Aufgaben bei der Umgestaltung des Berufsbildungssystems in den neuen Bundesländern. Bundesinstitut für Berufsbildung. Berlin, Bonn
- BAETHGE, Martin (2001): Abschied vom Industrialismus. In: BAETHGE, Martin; WILKENS, Ingrid (Hrsg.): Die große Hoffnung für das 21. Jahrhundert? Opladen

- BERGER, Klaus; WALDEN, Günter (2002): Evaluierung der Bund-Länderprogramme zur Ausbildungsförderung in den neuen Bundesländern 1996–1999. Bestandsaufnahme, Schlussfolgerungen und Empfehlungen. Bielefeld
- BELLMANN, Lutz; LEBER, Ute (2019): Bildungsökonomik. 2. Aufl. Berlin, Boston
- BLANKERTZ, Herwig; CLAESSENS, Dieter; EDDING, Friedrich (1966): Ein zentrales Forschungsinstitut für Berufsbildung? Gutachten im Auftrag des Senators für Arbeit und soziale Angelegenheiten des Landes Berlin. Berlin
- BUNDESAUSSCHUSS für Berufsbildung (1972): Empfehlung zur sachlichen und zeitlichen Gliederung der Berufsausbildung. Berlin. URL: <https://www.bibb.de/dokumente/pdf/HA012.pdf> (Stand: 06.07.2020)
- BUNDESINSTITUT FÜR BERUFSBILDUNG (BIBB) (2020): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2020. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung. Bonn 2020
- BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND FORSCHUNG (BMBF) (2019): Nationale Weiterbildungsstrategie. Pressemitteilung vom 12. Juni 2019. URL: <https://www.bmbf.de/de/nationale-weiterbildungsstrategie-8853.html> (Stand: 21.04.2020)
- BRUNELLO, Giorgi; WRUUCK Patricia (2020): Employer Provided Training in Europe: Determinants and Obstacles. IZA Diskussionspapier No. 12981. Bonn
- BÜCHTER, Karin; KIPP, Martin (2004): Historische Berufsbildungsforschung als Aufgabe der Berufs- und Wirtschaftspädagogik. In: BUSIAN, Anne; DREES, Gerhard; LANG, Martin (Hrsg.): Mensch Bildung Beruf. Herausforderungen an die Berufspädagogik. Bochum, S. 209–225
- DEUTSCHE UNESCO-KOMMISSION E. V. (UNESCO) (2009): Inklusion: Leitlinien für die Bildungspolitik. Paris
- EULER, Dieter; WALDEN, Günter; WEISS, Reinhold (2010): Zwischen wissenschaftlicher Exzellenz- und Praxisgestaltung: Berufsbildungsforschung im BIBB. In: BUNDESINSTITUT FÜR BERUFSBILDUNG (BIBB) (Hrsg.): 40 Jahre BIBB. 40 Jahre Forschen – Beraten – Zukunft gestalten. Bonn, S. 59–69
- FREDEBEUL, Franz-Heinz (1967): Berufsbildung in der Diskussion. In: Bundesarbeitsblatt (3/4). o. O.
- GREINERT, Wolf-Dietrich (2004): Epochen gesellschaftlicher Funktionalisierung beruflicher Bildung in Deutschland – Eine sozialhistorische Studie. In: BUSIAN, Anne; DREES, Gerhard; LANG, Martin (Hrsg.): Mensch Bildung Beruf. Herausforderungen an die Berufspädagogik. Bochum, S. 226–235
- STRATMANN, Karlwilhelm (1992): Historische Berufsbildungsforschung. Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik, Beiheft 9, Stuttgart
- TROLTSCH, Klaus; WALDEN, Günter; ZOPF, Susanne (2009): Im Osten nichts Neues? 20 Jahre nach dem Mauerfall steht die Berufsausbildung vor großen Herausforderungen. BIBB-Report 12/09. Bonn

- WEIBERT, CLAUS-DIETER (2006): Berufsbildungsgesetz. In: KAISER, Franz-Josef; PÄTZOLD, Günter (Hrsg.): Wörterbuch Berufs- und Wirtschaftspädagogik., 2. Aufl. Bad Heilbrunn, S. 128–129
- WISSENSCHAFTSRAT (WR) (2014): Empfehlungen zum Verhältnis von beruflicher und akademischer Bildung – Erster Teil der Empfehlungen zur Qualifizierung von Fachkräften vor dem Hintergrund des demographischen Wandels (Drs. 3818-14). Darmstadt. URL: <https://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/3818-14.pdf> (Stand: 21.04.2020)